

Offene Liste im Rat der Stadt Essen

Essen, 11. Oktober 2005

Die Linke. PDS-Gruppe im Rat, An St. Marien 1, 45141 Essen

An den
Oberbürgermeister der Stadt Essen
Herrn Dr. Reiniger

Rathaus

Sitzung des Stadtrates am 26.10.2005 **TOP: Bundesanteil an Kosten der Unterkunft muss bleiben**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsgruppe Die Linke.PDS stellt für die nächste Ratssitzung folgenden Antrag:

1. Der Rat der Stadt Essen hält es für völlig untragbar, dass die Bundesregierung die zugesagte Übernahme der Kosten für die Unterbringung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern zu rückziehen will. Er unterstützt die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach Übernahme der Kosten im vollen Umfang.
2. Der Rat der Stadt Essen weist die pauschalen Leistungsbetrugsvorwürfe von Bundesminister Clement gegen die Bezieher von Arbeitslosengeld II zurück. Damit wird eine Gruppe von Menschen diffamiert, die zu den Ärmsten in dieser Gesellschaft gehört.

Begründung:

Die Absicht der Bundesregierung, sich vollständig aus der Finanzierung der Unterkunftskosten zu rückziehen, sind ein Bruch der Vereinbarungen mit den Kommunen. Damit soll der Bundeshalt auf Kosten der kommunalen Haushalte entlastet werden. Insbesondere Städte mit hohen Arbeitslosenraten wie Essen können die zusätzlichen Belastungen nicht tragen.

Immer mehr Menschen sind auf Arbeitslosengeld II angewiesen, weil sie auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigungsangebote finden. Sie dürfen nicht als Sündenböcke für eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik diffamiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Partei des Demokratischen Sozialismus
Gruppe im Rat der Stadt Essen

Gabriele Giesecke

Markus Renner